ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gabrisch, Hubert

Article

Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Gabrisch, Hubert (2006) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 12, Iss. 10, pp. 286-286

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/143496

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Editorial

Die ungarische Haushaltskrise vom Spätsommer, die dort eine politische Krise auslöste, zeigt zunächst einmal, daß Brüssel mehr als bisher fiskalische Transparenz von den neuen Mitgliedsländern einfordern muß. Gleichwohl scheint es überraschend, daß ein Land, welches sehr erfolgreich in der Systemtransformation war und ein robustes Wirtschaftswachstum bei relativ niedriger Arbeitslosenquote (7%) aufwies, ein öffentliches Defizit von mehr als 10% des BIP verzeichnet. Auf den zweiten Blick wird dies aber durchaus verständlich: Erstens hat Ungarn seine Arbeitslosenquote auch deshalb so niedrig halten können, weil im Zuge der Systemtransformation eine drastische Reduzierung seiner Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erfolgte, und zwar auch durch Frühverrentung. Darüber hinaus liegt der Anteil der Beschäftigten mit nur knapp 40% der Bevölkerung um fünf Prozentpunkte unter dem der alten EU-15. Dies bedeutet, daß 60% der ungarischen Bevölkerung direkt oder indirekt über die öffentlichen Haushalte von der erwerbstätigen Bevölkerung ernährt werden müssen. Hohe Sozialausgaben werden so zu einer zentralen Ursache für das ausufernde Haushaltsdefizit. Zwar sind viele Ungarn in der Schattenwirtschaft tätig, aber gerade diese steht für Steuereinnahmen nicht zur Verfügung. Zweitens nahm Ungarns Regierung bisher auch gern am Steuersenkungswettbewerb der neuen mit den alten EU-Ländern teil. Der Spitzensteuersatz auf Einkommen liegt bei 40% und die Körperschaftssteuer bei nur 18%. Niedrige Erwerbsquote, Schattenwirtschaft und niedrige Steuersätze ließen die Steuereinnahmen zu gering ausfallen, um die öffentlichen Ausgaben zu decken. Man lernt, daß Steuersenkungswettbewerb mit Ländern, die eine höhere Erwerbsquote aufweisen, nicht automatisch zu einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung führt. Ein treuer Begleiter des Haushaltsdefizits ist das hohe Leistungsbilanzdefizit. Zum einen fördern die hohen konsumtiven Ausgaben im Staatshaushalt die Importe des Landes. Zum anderen hat die nahezu vollständige Öffnung der Kapital- und Finanzmärkte zu einem Zustrom an kurzfristigem Geld geführt, das zum Defizit in der Leistungsbilanz beiträgt und jederzeit wieder abgerufen werden kann. Wie kommt man nun aus dieser mißlichen Lage heraus? Die Regierung hat sich mit Blick auf die Übernahme des Euro und die Einhaltung der Maastricht-Kriterien entschieden, bis 2009 das öffentliche Defizit um neun Prozentpunkte des BIP zu reduzieren, allein im nächsten Jahr um 3,5 Prozentpunkte. Dazu sollen hauptsächlich die öffentlichen Ausgaben gekürzt werden; hinzu soll eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kommen. Dies wird nicht ohne Einschränkung der privaten Realeinkommen bleiben, und hier liegt das Problem: Ein großer Teil der Bevölkerung lebt bereits in prekären Einkommensverhältnissen. Unter allen neuen EU-Ländern hat sich die ungarische Einkommensverteilung am stärksten in Richtung Ungleichheit verschoben. Politische und soziale Unruhen könnten auch bei internationalen Anlegern Zweifel am Erfolg des Konsolidierungskurses wecken und eine Umkehr der Kapitalzuflüsse auslösen. Sinnvoll wäre ein längerfristig angelegter Konsolidierungskurs, der vor allem über die Einnahmenseite gestützt würde. Eine Erhöhung der Steuersätze insbesondere für den Unternehmenssektor könnte die Anpassung auch sozial abfedern.

Hubert Gabrisch
Forschungsdirektor des IWH